



Claudia Tausend

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

München, 05. April 2019

1,47 Millionen Euro Bundesmittel für die Bayernkaserne

Claudia Tausend, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

☎ 030/227 73500

☎ 030/227 76500

✉ claudia.tausend.@bundestag.de

Claudia Tausend, Münchner Bundestagsabgeordnete und Kuratoriumsmitglied der Bundesstiftung Baukultur:
„Ich freue mich, dass wir die Bayernkaserne in die diesjährige Förderung aufnehmen konnten. Dieses neue Quartier ist damit ein Premiumprojekt des Städtebaus in Deutschland.“

Wahlkreisbüro

Oberanger 38/IV

80331 München

☎ 089/18 93 28 58

☎ 089/44 23 24 80

✉ claudia.tausend.wk@bundestag.de

Das geplante Quartier auf dem 48 Hektar großen Gelände der ehemaligen Bayernkaserne wurde als „Nationales Projekt des Städtebaus“ ausgewählt, wie das Bundesbauministerium heute bekannt gegeben hat.

Eine hochrangig besetzte Expertenjury hatte sich für die Förderung in München ausgesprochen. Ausschlaggebend war dabei die Anwendung der neuen Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“. Dieses Instrument hat die Große Koalition erst im Mai 2017 im Baurecht eingeführt, um auf die steigende Nachfrage nach Wohnraum zu reagieren. Es folgt dem Leitbild einer lebendigen Stadt der kurzen Wege, die hohe Baudichte mit Arbeitsplätzen vor Ort und großzügigen Grünflächen in einer guten sozialen Mischung kombiniert.

Das überzeugte die Jury. München setzt in dem Projekt als ein bundesweiter Vorreiter das „Urbane Gebiet“ mustergültig um. Das neue Viertel soll nach der Münchner Mischung 5.500 Miet- und Eigentumswohnungen für möglichst alle Einkommensgruppen bieten. Die Jury lobte außerdem, dass die Stadt die Bürgerinnen und Bürger schon vor Auslobung eines Wettbewerbs in das Verfahren einbezogen hat.

Mit dem Koalitionsvertrag haben Union und SPD vereinbart, das Programm Nationale Projekte des Städtebaus in dieser Legislaturperiode fortzuführen. Beworben hatten sich deutschlandweit 105 Gemeinden mit 118 Projektskizzen. Der Bund fördert die Projekte insgesamt mit rund 140 Millionen Euro.